

Die Debatte um die „neue Armut“

Arme Leute sind ein Problem. Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung hat nachgeforscht und in Deutschland eine Schicht von 6,5 Millionen (das entspricht dann wohl etwa 8% der Bevölkerung) „prekarierten“ Menschen entdeckt, die wegen Armut und Arbeitslosigkeit über Generationen hinweg von Bildung und Gesellschaft abgekoppelt seien. (SPON, 17. 10. 2006) Eine Sicht der Dinge, der sich der SPD-Vorsitzende Kurt Beck angeschlossen hat. Deshalb hat sie ihren Weg dann auch in die deutsche Presse gefunden und sowohl dort als auch in der politischen Szene eine „Debatte über neue Armut“ ausgelöst.

Die erste wie die vierte Gewalt sind sich dabei in der nationalen Optik der Dinge wieder einmal einig: Der Skandal sind nicht die verarmten Menschen, die ein Problem damit haben, allmonatlich über die Runden zu kommen. Vielmehr machen diese Leute Deutschland ein Problem:

„Deutschland hat ... ein zunehmendes Problem. Manche nennen es ‚Unterschichten-Problem‘.“ (Kurt Beck, FAZ, 08. 10. 2006). Verwahrlosung, Verdummung, Kriminalität, Gewalt, Drogensucht; Kindesmisshandlungen, fehlender Wille, anständig und erfolgsorientiert zu bleiben, und eine Neigung zum politischen Extremismus: Das alles wird den Leuten zur Last gelegt und so werden sie zu gesellschaftlichen „Problemfällen“ gemacht.

Von wegen „neue“ Armut

Die Armut dieser Leute und die zerstörerischen Folgen, die sie zeitigt, ist weder neu noch ein „Betriebsunfall“ der deutschen Gesellschaft. In der „Marktwirtschaft“ sind die Gewinne der Unternehmen das A und O allen Wirtschaftens, das sich von Staats wegen zu einem „Wirtschaftswachstum“ aufsummieren soll, von dem „wir alle“ abhängen. Ganz offiziell ist möglichst viel Profit der Zweck allen Wirtschaftens; dafür soll möglichst viel gearbeitet werden, dafür aber immer nur „rentabel“. Und da ist der Lohn – das ist: der Lebensunterhalt der von Beschäftigung Abhängigen – eine Kost, eine wirtschaftlich negativ zählende Größe, die es knapp zu halten gilt. Deshalb reicht der Lohn auch im Jahre 2006 in Deutschland bestenfalls bis zum Monatsende und beschert seinem Empfänger einen lebenslangen Zwang zu Arbeit – während sich der Reichtum der Gesellschaft in den Bilanzen der Gegenseite aufsummiert. Dass es neben den beschäftigten Armen auch noch eine „Schicht“ unbeschäftigter noch Ärmerer gibt, folgt notwendig aus diesem Benutzungsverhältnis. Zwar besorgen sich mittels Lohn die Unternehmen die fürs Gewinnemachen unentbehrlichen Arbeitskräfte; weil aber Lohn als Kostenfaktor zugleich als Abzug vom Gewinn zählt, bemüht sich das Kapital ständig, durch „Rationalisierungen“ möglichst viel Arbeitsleistung mit möglichst wenigen zu bezahlenden Arbeitskräften zu organisieren. Der Erfolg dieser „Wirtschaftlichkeit“: Lohnabhängige werden entlassen, andere erst gar nicht angestellt.

Die Armut der Arbeitslosen fällt deshalb so total aus, weil sie noch nicht einmal mehr für andere arbeiten können, weil sie also über null Einkommen verfügen und somit zum Überleben auf Sozialleistungen angewiesen sind. (Ohne die Sozialleistungen bei Krankheit bis Arbeitslosigkeit wäre übrigens auch ein Beschäftigter angesichts der vielen Wechselfälle eines Arbeitnehmerlebens überhaupt nicht überlebensfähig.)

Wenn der Staat aber – wie bei den Hartz IV-Empfängern – daran Anstoß nimmt, dass sich bei denen eine Benutzung durch das Kapital immerzu nicht wieder einstellen will, dann hält er die Stütze zunehmend für eine Belastung der Gesellschaft, da mit ihr immer mehr Leute „nur durchgefüttert“ werden – bloß als Menschen, nicht als Arbeitskräfte. Der Staat hat gehandelt: Hartz IVler haben ihr Leben fortan mit einem kleinlich berechneten Existenzminimum, in 1-Euro-Arbeitskolonnen usw. der Praktizierung von Anstand

und möglicher Reduzierung ihrer Sozialkosten zu widmen. Dass arbeitsmarkttechnisch nützlich und kriminaltechnisch anständig zu bleiben mit 345 Euro im Monat nicht leicht machbar ist, weiß der Staat, macht es zum Problem der Leute, verstärkt die Polizei und probiert aus, wie weit er damit gehen kann. Die Wahrheit über die „neue Unterschicht“ ist also: Das System der planvollen Verelendung schafft erst die dazu passenden Elendskreaturen.

...und vor allem Leistungswille!“

„In Kinderbetreuungseinrichtungen muss die Sprachfähigkeit und der Leistungswille gefördert werden, damit Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern die Chance, aber auch den Ehrgeiz haben, aufzusteigen. Ohne Leistungswillen kann keine Gesellschaft auf Dauer bestehen ... Es gibt viel zu viele Menschen in Deutschland, die keinerlei Hoffnung mehr haben, den Aufstieg zu schaffen. Sie finden sich mit ihrer Situation ab ... Früher

Leistungswillens will man zwar nicht versprechen – denn ob der Wille was bringt, das hängt ja schließlich auch vom Interesse anderer ab – von denen, die über Arbeitsplätze entscheiden – und nicht allein vom eigenen. Ihn aufrecht zu erhalten ist aber trotzdem ein unbedingtes Muss. Denn vielleicht bessert sich die Lage ja irgendwann einmal. Wenn schon nicht die eigene dann doch die der Kinder oder Kindeskinde. Armut und Erfolglosigkeit sind aus dieser Sicht also nur dann wirklich ein Problem, wenn man die Hoffnung verliert und sich die falsche Einstellung der Resignation angewöhnt.

Nicht dass die frohe Hoffnung ein Mittel für irgendwas wäre – noch nicht mal eins, um in Lohn und Brot zu kommen. Aber sie ist immerhin ein grundloser, also guter Grund, weiter mitzumachen beim großen Laienspiel namens „Folgsames Volk“. Nicht dass von dem kommunistische Untriebe zu befürchten wären. Selbst faschistische Lösungsansätze toben sich einsteilen vorzugsweise an der vorgesehenen Stelle, nämlich an der Wahlurne aus und halten sich im Rahmen. Aber kreativ-zerstörerische Formen des Umgangs mit ihrer Lumpenexistenz – wie sie die Jugend in Frankreich vormacht – sollen sich die deutschen Subproleten besser auch gar nicht erst angewöhnen.

Schließlich noch ein warnender Hinweis aus berufenem Munde: Man solle die ganze Sache nicht so aufgeregt aufbauschen, mahnen manche. Schon gar nicht in der Weise, dass man Deutschland das negative Image anhängt, bei dieser Gesellschaft der Freien und Chancengleichen handele es sich um eine Schichten- oder gar Klassengesellschaft. Denn erstens gibt es gar keine Unterschicht und zweitens gab es die schon immer:

„Franz Müntefering (SPD) wies den Begriff ‚Unterschicht‘ zurück: ‚Es gibt keine Schichten in Deutschland. Es gibt Menschen, die es schwerer haben, die schwächer sind. Das ist nicht neu. Das hat es schon immer gegeben.‘“ (zitiert nach Rhein-Zeitung, 16. 10. 2006)

GEGENSTANDPUNKT & DISKUSSION

Die politische Vierteljahreszeitschrift GegenStandpunkt lädt ein zu Vortrag und Diskussion

„Abgehängtes Prekariat“, „Unterschicht“, „Kevin“ ...

Was die Politik an der Armut stört: „Arme Leute machen uns nur Probleme“

Referent: Freerk Huisken, Universität Bremen

Donnerstag 30. 11. 06, 19.00 Uhr
Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70 b, Bremen

„Bloß kein Geld für die Armen!“

Und dann geht die Debatte über die „neue Unterschicht“ los. Eins steht für alle Verantwortlichen fest: Die materielle Not etwa durch eine Aufstockung von Hartz IV abzumildern, das kommt nicht in die Tüte. Warum auch? Die Politik hat das schon ernst gemeint, als sie die Klasse der Unnutzen auf Hartz IV-Diät gesetzt hat. Daran etwas zu ändern, bloß weil diese Menschen jetzt in Massen auftreten: Das wäre doch ein glatter Widerspruch, wo man die Leute ja gerade massenhaft, vorsätzlich und geplant in diesen Zustand versetzt. Irgendeine Form von „Wirtschaftsschelte“ kommt noch weniger in die Tüte. Denn die Wirtschaft hat sich schließlich in einer globalen Billiglohnkonkurrenz der Standorte erfolgreich durchzusetzen. Und aus dieser Perspektive würden weniger Profite und „sozialistische Scheinbeschäftigung“ schließlich nur schaden im Existenzkampf der deutschen Wirtschaftsnation gegen die neue gelbe Gefahr aus Billig-Fernost. Andere Verantwortliche müssen also her, andere Lösungen müssen gefunden werden:

„Was Armen fehlt: Bildung ...

„Aus meiner Sicht ist das zentrale Problem in den unteren Segmenten Bildung, Bildung und noch mal Bildung. Das ist die einzige Chance, den Leuten da wieder raus zu helfen. Geld allein ist das nicht.“ (Frank-Dieter Karl, Friedrich-Ebert-Stiftung, Tagesschau online, 18. 10. 2006). So redet die Wissenschaft daher und beweist einmal mehr mangelndes Verständnis für simpelste Logik: Dass sich in der Unterschicht viele Ungebildete tummeln, macht nämlich überhaupt nicht den Umkehrschluss wahr, dass gute Bildung einen hinreichenden Grund für Beschäftigung und gutes Einkommen abgeben würde. Dagegen spricht schon die ebenfalls zu beobachtende Akademikerarbeitslosigkeit und vor allem das Prinzip des kapitalistischen Wirtschaftens: Als ob die Firmen für jeden einen Arbeitsplatz bereitstellen würden, der zweifelsfrei nachweisen kann, dass er einiges im Oberstübchen oder zumindest die richtigen Bildungszertifikate hat. Jedes Unternehmen würde da zu Recht dankend abwinken und auf fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten verweisen. Arbeitsplätze sind nun einmal Teil einer Kostenkalkulation und nicht der gerechte Lohn für Schul- und Unischweiß.

gab es in armen Familien, auch in meiner eigenen, das Streben der Eltern: Meine Kinder sollen es einmal besser haben. Es besteht die Gefahr, dass dieses Streben in Teilen der Gesellschaft verloren geht. Das ist Besorgnis erregend.“ (Kurt Beck, FAZ, 08. 10. 2006) Die erbärmliche Situation der Unterschicht wäre also halb so schlimm, wenn diese die Sache etwas optimistischer sehen würde. Einen konkreten Ertrag des aufgebracht

Idomeneo – Ein Theaterskandal der anderen Art

Wer in den hohen Sphären des Regietheaters etwas darstellen will, sollte alten Werken einen modernen Sinn ablauschen. Hans Neuenfels, der Regisseur des Berliner Idomeneo, beherrscht diese Kunst. Er bringt den ‚Plot‘ – Idomeneo muss dem Poseidon seinen Sohn als Menschenopfer darbringen und sträubt sich dagegen mitsamt seinem Anhang so beherzt, dass der archaische Schreckensgott schließlich seine barmherzigen Seiten entdeckt und Nachsicht walten lässt – als allgemeingültige Parabel über die Gewalttätigkeit einer absolut gesetzten Religion auf die Bühne. Und damit jeder kapiert, wie irrsinnig aktuell das ist, inszeniert das „Enfant terrible des deutschen Theaters“ (SZ, 27.9.) Mozarts Happyend mit dem Holzhammer: Der Titelheld, den Mozart an der Stelle bereits unter den wonnigen Gesängen des Chors („Scenda Amor ...“) aufs behagliche Altenteil („Torna la pace ...“) und ansonsten in die Garderobe geschickt hatte, stapft unverhofft auf die Bühne zurück, packt da aus einem blutbesudelten Leinensack nicht nur den abgeschlagenen und bluttriefenden Kopf des Meeresherrn, sondern auch noch die zuvor symbolisch abgehackten Häupter der Religionsstifter Jesus, Mohammed und Buddha aus, drapiert diese fein säuberlich auf vier Stühle vor das entgeisterte Publikum, um schließlich – inzwischen selbst über und über blutverschmiert – in übergeschnapptes Hohngelächter auszubrechen. Dann klappt er zusammen. Vorhang. Die frohe Botschaft der drastischen Apotheose: ‚Der Mensch‘ hat den Glauben an den Absolutheitsanspruch der Religion und damit seinen selbstverschuldeten Kadavergehorsam gegenüber den Göttern überwunden; Mordanschläge gegen

seinesgleichen erübrigen sich mithin, zumindest sofern sie transzendental motiviert sind. Na, bravo! Selbstredend klang der Premierenabend in einem tumultuarischen „Buhgewitter“ (SZ, 27.9.) aus. Nichts wäre der entsetzten Mehrheit des Publikums lieber gewesen als die sofortige Verbannung der ‚dekadenten‘ und ‚blasphemischen‘ Darbietung vom Spielplan.

Das war im März 2003. Nun ist der Inszenierung das Glück eines zweiten Skandals beschieden. Diesmal ist allerdings seine Absetzung der Grund der Entrüstung. Auch erzkonservativ gesonnene Leute, die eine sittenstrenge Religiosität durchaus zu schätzen wissen und auf gotteslästerliche Darstellungen schnell cholerisch reagieren, bestehen jetzt auf einmal auf eine sofortige Rückkehr der Produktion auf die Bühne. Selbst Bischöfe beider Konfessionen befürworten plötzlich – zähneknirschend – weitere Aufführungen des Frevels. Offenbar wird er gar nicht mehr als solcher wahrgenommen. Woher der jähe Perspektivenwechsel? Nach Warnhinweisen des Berliner Landeskriminalamts betreffs möglicher Protestaktionen empörter Moslems gegen die Zurschaustellung eines geköpften Mohammeds hatte die Intendantin der Deutschen Oper Berlin weitere Aufführungen abgesagt. Sie wollte „das Publikum und die Mitwirkenden keiner Gefahr aussetzen“ (SZ, 27.9.). Mit anderen Worten: Die gute Frau wollte mögliche – religiös motivierte – Menschenopfer vermeiden. Und genau das sorgt jetzt für den Eklat. Hören wir zunächst den Hauptleidtragenden, den Regisseur: „Frau Harms muss das Stück jetzt erst recht zeigen. ... Es geht hier nicht zuletzt um die Verteidigung unseres abend-

ländischen Kulturverständnisses.“ (SZ, 27.9.) Nun ja; man muss nicht gleich nervös werden, wenn ein Künstler in Götterdämmerungsstimmung verfällt, wenn sein bedeutungsschweres Meisterwerk der Welt vorenthalten wird. Solche Leute sind ja oft ein bisschen sonderbar. Entschieden auffälliger ist es jedoch, wenn prosaische Politiker das ganz genauso sehen und „einen Sturm der Entrüstung gegen Frau Harms“ (FAZ, 27.9.) losbrechen. Kanzlerin Merkel: „Eine unerträgliche Selbstzensur. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht aus Angst vor gewaltbereiten Radikalen immer mehr zurückweichen.“ Hessens Innenminister Bouffier: „Die Absetzung ist feige und blamabel.“ Bayerns Ministerpräsident Stoiber: „Diese Kultur der Ängstlichkeit ist falsch. Wenn die Freiheit bedroht ist, braucht sie notfalls auch die Bereitschaft zur Verteidigung und zur Auseinandersetzung mit ihren Gegnern.“ Innenminister Schäuble: „Ein Kniefall vor den Terroristen. ... Frau Harms muss wohl verrückt geworden sein, so was zu tun.“

Die Politik inszeniert ein Lehrstück in Sachen ‚Kampf der Kulturen‘

Offenbar ist das Sprechen in Hyperbeln keineswegs den dramatischen Künsten vorbehalten. Grotteske Interpretationen sind nicht ihr Privileg. Das eine wie das andere fungiert hier als Stilmittel der politischen Meinungsbildung. Da setzt ein vornehmes Opernhaus aus Gründen besonnener Vorsicht eine ver-

stiegene Klassikinterpretation vorzeitig ab, und wie stellen die maßgeblichen Meinungsführer diesen nicht gerade weltbewegenden Vorgang dar? ‚Die Freiheit ist bedroht!‘ heißt es unisono. ‚Die Angst vor dem Islam und seinem Terroristen diktiert jetzt sogar unsere Opernspielpläne!‘ kann man allenthalben lesen. Mit solchen effektvollen Übertreibungen ordnen Politiker das windige Geschehen im Berliner Musentempel in die welthistorische Konfrontation Freiheit gegen Terrorismus ein und provozieren so gezielt den Skandal. Und wozu das Theater? Der Nation soll – ein weiteres Mal – klargemacht werden, in welch riesiger Konfrontation sie sich befindet. In diesem Zusammenhang ist die Opernaffäre zu sehen. Das macht aus einer harmlosen Vorsichtsmaßnahme einer „feenhaften“ (Spiegel, 9.10.) Kulturamsel einen skandalösen Verrat am obersten Staats- und Zivilisationsprinzip Freiheit. Und daran lässt sich ganz hervorragend Meinung bilden. Der publikumswirksam inszenierte Skandal dient Politikern als Vehikel der moralischen Aufrüstung des Volkes. Jede noch so läppische Nachgiebigkeit gegenüber dem Islam und seinen Jüngern wird so gezielt skandalisiert. Gleichzeitig werden die hohen Ansprüche an eine belast- und streitbare Moralität wirkungsvoll propagiert und das friedensverwöhnte deutsche Volk mit den militanten Implikationen des freiheitlich-demokratischen Werthimmels vertraut gemacht. Selbstverständlich fühlt sich die freiheitliche Öffentlichkeit aufgerufen, das ihre zu

eben dieser Agitation beizutragen. Die sogenannte ‚vierte Gewalt‘, die sich viel darauf zugute hält, die Politik immerzu kritisch zu hinterfragen und verborgene Motivationen zu enthüllen, entlarvt den Skandal keineswegs als die Farce, die er ist. Die medialen Sachwalter des nationalen Geistes heizen ihn vielmehr nach Kräften, d.h. mit markigen Sprüchen und hochdramatischen Szenarien an: „Solche Feigheit ist keine Kunst.“ (SZ, 27.9.) „Warum kuschen wir vor dem Islam? ... Das Absetzen der Mozart-Oper war ein schlimmes Eingeständnis der Selbstaufgabe.“ (Bild, 27.9.) „Der Vorgang ist ungeheuerlich. ... Das Risiko einer Wiederaufnahme lohnt sich. Es ist viel kleiner als die Gefahren einer Kapitulation vor den Feinden der Freiheit.“ (Zeit, 27.9.) Der für seinen kritischen Journalismus bekannte ‚Spiegel‘ liefert gleich ein Musterbeispiel dafür, wie ‚Kritisch-Sein‘ heute geht. Besteht der Chor gegen die feige Opernabsetzung nicht aus lauter Maulhelden, fragt er sich provokant, um die Botschaft zu verbreiten, dass in der Auseinandersetzung mit dem Islam furchtlose Helden gebraucht werden. „Nie war Widerstand gegen den Terror billiger zu haben. Kein Selbstmordattentäter in Sicht, niemand riskierte mehr als ein Verhaspeln vor den Mikrofonen. Die eigentliche Frage bleibt auch nach dem verbalen Heldentum der vergangenen Woche offen: Sind wir zu Opfern bereit, um unsere Kultur zu verteidigen? ... Sind wir wirklich bereit, wegen der Freiheit auf Sicherheit zu verzichten, wenn die Freiheit einen Blutzoll verlangt?“ (Spiegel, 2.10.)

Genau das ist hiermit angesagt: Die Freiheit verträgt keine Zimperlichkeit. Blutzoll ist in Kauf zu nehmen. Alles andere ist Verrat an der Freiheit und Feigheit vor gewalttätiger islamistische Intoleranz. Dass gerade in diesen unseren Tagen Klarstellungen dieser Art für nötig gehalten werden, ist keineswegs ein Zufall. In einer Zeit, in der es fest im politischen Denkhorizont eines jeden Bundesbürgers verankert werden soll, dass die Freiheit Deutschlands auch im Hindukusch verteidigt werden muss, steigen eben ganz prinzipiell die Anforderungen an die Volksmoral. Tapferkeit gehört wieder zu den Primärtugenden. Jede Art von ‚Feigheit vor dem Feind‘ passt nicht zu einer Politik, die sich anschiekt, das Gewicht der Nation in weltweiten Ordnungsfragen dadurch glaubwürdiger zu machen, dass sie immer ‚robuster‘ spricht: gewalttätiger auftritt. Die Bundeswehr soll sich, so der Verteidigungsminister, von ihrem Image als Technisches Hilfswerk der UNO emanzipieren und mehr und mehr ihre pure Kampfstärke in die Waagschale werfen. Gerade bei ihrem jetzt anlaufenden Einsatz im Nahen Osten legt die Berliner Regierung großen Wert auf eine UNO-sanktionierte Lizenz zum militärischen Gewaltgebrauch. Das färbt auf die Gesellschaft insgesamt ab. Während die Flotte zu ihrem ersten ‚Kampfeinsatz‘ seit ‘45 ausläuft, ist auch an der – fiktiven – Heimatfront im Kampf der Kulturen eine stramme Haltung gegenüber der islamischen Bedrohung angezeigt. Alles, was als Defätismus interpretiert werden kann, widerspricht mehr denn je den politisch erwarteten Verhaltensnormen der Deutschen. Dergleichen ist „das falsche Signal“ (Wolfgang Schäuble). Damit ist auch schon klar, welche Signale die richtigen sind und auch von einem deutschen ‚Hochkulturtheater‘ auszugehen haben: Angesagt ist die Demonstration, dass uns unsere Werte – in deren Namen ja auch ‚unsere Jungs‘ unterwegs sind – jedes Opfer wert sind. Und das gilt nicht nur für den Soldat. Jedem Bürger und speziell jedem Verantwortungsträger bis hin zu einer Operntendantin muss klar sein, dass er tapfer und kämpferisch für die Werte, die die sittlichen Grundlagen des Gemeinwesens ausmachen, geradezustehen hat. Jedem muss gegenwärtig sein, dass diese Werte nicht von Ungefähr von dem Superlativ ‚höchste‘ begleitet werden. Jeder muss wissen, dass sie auch nicht bloß ‚unsere‘ Höchstwerte sind, sondern die Höchstwerte. Als solche beanspruchen sie universale Geltung, vertragen also keine Relativierung an irgendwelchen anderen Werten oder Befindlichkeiten. Der Schutz von Leib und Leben darf nicht höherrangig gehandhabt werden als der Höchstwert Freiheit. ‚Verrücktheit‘ muss sich die Intendantin vorwerfen lassen, weil sie in dieser Hinsicht etwas auf

eine sehr grundsätzliche Weise durcheinander gebracht hat: Auch wenn ihr Verantwortungsbereich sich ‚bloß‘ auf eine feinsinnige Theatertruppe beschränkt, ist sie zuallererst den obersten Staatsprinzip Freiheit, hier vertreten durch die Freiheit der Kunst, verantwortlich und nicht dem Wohlergehen ihres Ensembles bzw. ihres Publikums. So bewegt der Skandal die Maßstäbe in die politisch gewünschte Richtung. Kunstgenuss unter Polizeischutz ist jedenfalls nicht zuviel verlangt, wenn es um den Schutz der obersten Zivilisationsprinzipien geht. Und wenn doch mal was ‚passiert‘, ist das eben ohne viel Aufregung auf dem Konto ‚Preis der Freiheit‘ zu buchen.

Eine Einladung zur Oper, bei der man mit muss

Ganz ausgezeichnet trifft es sich im Zusammenhang dieser Moralkampagne, dass justament zu diesem Zeitpunkt die Vertreter der islamischen Gemeinschaften in Deutschland zur ersten Islamkonferenz geladen sind. Innenminister Schäuble erkennt und ergreift sogleich die Gelegenheit, aller Welt den richtigen Umgang mit islamischen Bedürfnissen nach Schutz ihrer religiösen Gefühle vorzuführen. Er lädt die versammelten Banausen rücksichtslos gegenüber ihren Empfindlichkeiten zum gemeinsamen Besuch des – nächstens wieder angesetzten – blutrünstigen Spektakels ein: „Um ein Zeichen zu setzen, möchten wir uns die Oper alle gemeinsam anschauen.“ Möchten sie? Natürlich würden sich keiner der Imame und Konsorten aus freien Stücken den abgeschlagenen Kopf ihres Propheten zu Gemüte führen – die gottesfürchtigen Leute sollen sich ja nicht einmal ein Bild vom unversehrten Mohammed machen. Schwänzen wäre jedoch mehr als ein Fauxpas. Ein Innenminister lädt nicht zur Oper, um Mozarts Musik zu frönen. Auf dem Programm steht vielmehr eine Demonstration für die Freiheit der Kunst und verlangt ist ein klarer islamischer Respektserweis vor diesem hohen Gut. Das stellt die Eingeladenen vor eine heikle Alternative: Nur wer hingeht und sich den massakrierten Mohammed ohne mit der Wimper zu zucken ansieht, gilt als glaubwürdig integrierter Deutscher. Wer jedoch seine religiösen Gefühle wichtiger nimmt als ein demonstratives Bekenntnis zur Freiheit und diese dazu benutzt, dem zur politischen Demonstration aufgeblasenen Singspiel fernzubleiben, setzt sich dem Verdacht aus, in der freiheitlichen Gesellschaft noch nicht angekommen zu sein. Ein Opernabend als Prüfstein der Verfassungstreue und Integrationsbereitschaft der islamischen Mitbürger – wenn das kein Fortschritt in der kulturellen Integration solcher Problemgruppen ist?!

Alles in allem gelingt dem Zusammenspiel von Politik und Öffentlichkeit ein volkspädagogisch besonders wertvolles Gesamtkunstwerk: Für Muslime fungiert der Opernskandal als Lektion in Sachen nachholende Aufklärung über Toleranz und ihre Grenzen sowie die Pflicht, persönlich dafür einzustehen, für die Deutschen als Exempel für ein kompromissloses Eintreten für Werte, die nicht nur die ‚unsere‘ bleiben dürfen.

VORTRAG & DISKUSSION

Die politische Vierteljahreszeitschrift GegenStandpunkt lädt ein

Imperialismus heute

Wie Weltmarkt und Weltmacht zusammengehören

Referent: Dr. Peter Decker, Redaktion GegenStandpunkt

Dass die außenpolitische Gewalt heutiger Staaten mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise in ihrem Inneren „zu tun hat“, gehört zum Grundbestand linker Gesellschaftskritik. Wenn es aber ans Erläutern und Begründen dieses Zusammenhangs geht, begnügen sich viele mit Kurzschlüssen. Man versucht ökonomische Interessen für Krieg zu identifizieren, prangert „Krieg für Öl“ oder andere Bodenschätze an und kann sich vorstellen, dass eine Regierung schießen lässt, weil der „militärisch-industrielle Komplex“ Waffen verkaufen will. Man sieht die handelnde Regierung als unfreien Hampelmann einiger privater Geschäftsinteressen, etwa US-Präsident Bush als den verlängerten Arm von Ölkonzernen und Halliburton. Allerdings stehen diesen privaten Kapitalinteressen auch in den USA mindestens ebenso viele andere entgegen, die durch Krieg ihre Geschäftsbeziehungen ruiniert sehen und die ihre Profite im Frieden besser aufgehoben sähen. Ein nationales Interesse des kapitalistischen Gemeinwesens an der Beherrschung und Unterordnung anderer Staaten, das private Interessen auch verletzt und für die große Sache in den Dienst nimmt, wird so gerade nicht erwirkt. Erst recht versagt das kurzschlussige Verfahren, wo man – etwa bei den deutschen Einsätzen in Afghanistan, am Horn von Afrika oder vor der libanesischen Küste – nichts findet, was abzuholen wäre. Dann fallen auch linke Kritiker mehr oder weniger offen auf die eigentlich abgelehnten Auffassungen der bürgerlichen Politikwissenschaft zurück, die es sich leicht macht und einfach „Faktoren internationaler Konflikte“ sammelt: Einerseits weiß sie von „ökonomischen Interessen“ die Staaten aneinander haben, die aber hält sie für prinzipiell konsens- und kompromissfähig. Andererseits kennt sie ein „Machtstreben der Staaten“, das sie, weil sie es nicht erklärt, zu einer tief in der Menschennatur verankerten Polit-Konstante verklärt, die mit Kapitalismus nichts mehr zutun hat.

Peter Decker will mit seinem Vortrag den Zusammenhang von Weltmacht und Weltmarkt einmal grundsätzlich thematisieren.

„Imperialismus heute“: Das ist zum einen der ökonomische Verkehr zwischen kapitalistischen Staaten in der globalisierten Weltwirtschaft, die Konkurrenz, die sie sich um den modernen „Reichtum der Nationen“ liefern, beim Einkauf von Rohstoffen über den Verkauf von Industrieprodukten zur Konkurrenz nationaler Kapitalstandorte bis zur internationalen Konkurrenz um die Güte des nationalen Gelds. In ihrer „Sicherheitspolitik“ zum anderen geben die weltwirtschaftenden Nationen zu erkennen, wie wenig sie sich auf ihre Sprüche vom „gegenseitigen Nutzen“ des „friedlichen Handelsverkehrs“ und auf eine automatische Wirkung der „Sachzwänge der Globalisierung“ verlassen. Mitten im Frieden liefern sie sich neben der ökonomischen eine zweite, strategische Konkurrenz als Gewalten, um den ihnen nützlichen Frieden mit Kriegsdrohungen erzwingen bzw. in ihrem Sinn korrigieren zu können. Gerade der vollendete Weltmarkt beruht offenbar auf einem umfassenden und dauerhaften Abschreckungsregime einiger Großmächte gegenüber dem Rest der Staatenwelt. Erst die Vernichtung aller Alternativen und die Bestrafung aller Versuche dazu erzeugen für alle Staaten die Alternativlosigkeit und damit den Sachzwangcharakter der heutigen Weltwirtschaft.

Darum geht aktuell der Krieg der USA „gegen den Terrorismus“. Er ist Amerikas aktueller Kampf um Universalität und Lückenlosigkeit dieses Abschreckungsregimes; nicht nur die islamistischen Feinde, sondern alle Staaten werden da vor die Wahl gestellt, sich entweder als Helfershelfer amerikanischer Unangreifbarkeit zur Verfügung zu stellen, oder selbst in die Ecke der Terror- oder Terrorunterstützerstaaten gerückt zu werden. So ringen die USA zusammen mit und zugleich gegen neue und alte Verbündete um das globale Monopol auf Krieg: „Imperialismus heute“.

Donnerstag, 07. 12. 06, 19.00 Uhr

Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstr. 34, 28195 Bremen

GEGENSTANDPUNKT
Politische Vierteljahreszeitschrift **3-06**

Imperialismus heute

Weltmarkt und Weltmacht
Von der globalisierten Zivilgesellschaft
und ihrer antiterroristischen Kriegskultur
„Die Haupttendenzen auf der Welt sind Frieden und Entwicklung“
China will Weltmacht werden
Die neue „strategische Partnerschaft“ USA-Indien
Indien – als Großmacht von Amerika gefördert und gefordert
Amerikanische Energiepolitik 2006
Eine Fallstudie zum „dual use“ von Energie
Die Demokratisierungskampagne des Irak
Vom ‚Schurken-Staat‘ zum ‚failed state‘
34-Tage-Krieg im Libanon
Israel verteidigt sein Existenzrecht
als regionale Supermacht
Weltwirtschaftsgipfel in St. Petersburg
The good and the ugly
Deutsche Soldaten als Wahlhelfer im Kongo
Ein Einsatz für mehr europäische Weltordnungskompetenz
Die „schwarz-rot-geile Fußballparty“
Das Opium fürs Volk, die Drohung für die Herrschaft